



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Paul Knoblach, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Claudia Köhler, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Julia Post, Toni Schuberl, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag Landwirtschaft 2023 endlich einlösen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Zukunftsvertrag Landwirtschaft zwischen der Staatsregierung, vertreten durch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und Frau Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber und dem Bayerischen Bauernverband, vertreten durch den Präsidenten, sowie der Landesbäuerin der Landfrauengruppe des Bayerischen Bauernverbandes vom 11. September 2023 zu erfüllen und die darin festgelegten Maßnahmen und vereinbarten Leistungen ohne Verzögerung umzusetzen. Die im Zukunftsvertrag vorgesehene Summe von jährlich 120 Mio. Euro ist im Haushalt abzubilden.

Begründung:

Der Zukunftsvertrag Landwirtschaft vom 11. September 2023 stellt ein zentrales Instrument dar, um Planungssicherheit für die bayerische Landwirtschaft zu schaffen und gemeinsam vereinbarte Maßnahmen verlässlich umzusetzen. Trotz der vertraglich zugesagten jährlichen Finanzierung in Höhe von 120 Mio. Euro wurden schon im Haushalt 2024/2025 lediglich 20 Mio. Euro pro Jahr eingestellt. Damit fehlten ab Unterschrift unter dem Vertrag rund 100 Mio. Euro für die Jahre 2024 und 2025, die für die Umsetzung der zugesagten Programme und Entlastungen notwendig sind.

Auch der aktuelle Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 weist nicht einmal im Ansatz ausreichende Mittel aus. Statt einer soliden, transparenten Finanzierung finden sich unspezifische Kürzungen bei zentralen Begleitmaßnahmen und eine deutliche Unterdeckung. Dies gefährdet nicht nur die Glaubwürdigkeit staatlicher Zusagen, sondern erschüttert auch das Vertrauen in die Staatsregierung. Um Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit gegenüber der Landwirtschaft zu wahren, ist die vollständige Umsetzung des Zukunftsvertrags sowie die erkennbare Bereitschaft, die zugesagten 120 Mio. Euro jährlich bereitzustellen, zwingend erforderlich.